

## Höhere Fachschulen

### Bern setzt auf Bildungsgutschein

Wer sich in der Schweiz für eine akademische Ausbildung entscheidet, erhält mehr Geld vom Staat als jemand, der nach der Berufslehre eine Weiterbildung in Angriff nimmt. Beispielsweise müssen Anwärter auf höhere Fachprüfungen, die früheren Meisterprüfungen, einen Grossteil der Vorbereitungskurse selber bezahlen.

Der Kanton Bern will diesen Missstand mit einem Systemwechsel beheben. Ab Sommer 2014 soll jeder, der eine eidgenössische Prüfung anstrebt, einen Gutschein von bis zu 3000 Franken erhalten. Voraussetzung ist, dass er eine Berufsprüfung oder eine höhere Fachprüfung vorweisen kann. Damit sollen die teuren Kurse finanziert werden, wie aus einem Gesetzesentwurf hervorgeht. Bisher bezahlte der Kanton Bern Beiträge an die Anbieter der Kurse, von denen aber nicht alle auf der Subventions-Liste figurieren. Wegen dieser Ungleichbehandlung laufen Beschwerden der Anbieter. Der Kanton ist gezwungen, die Wettbewerbsverzerrung zu korrigieren. «Mit dem neuen System ist zudem sichergestellt, dass das Geld auch wirklich bei denen ankommt, die es brauchen», sagt Theo Ninck, Leiter des Berner Berufsbildungsamtes. Der Wechsel sei auch Ausdruck für die Sparbemühungen des Kantons, da das neue System nicht teurer werde, wenn weitere Anbieter auf die Subventionsliste kämen.

Gar keine Freude an der Berner Idee haben Gewerbevertreter. «Nicht alle Vorbereitungskurse kosten gleich viel», sagt Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands. Viele Anwärter müssten trotz Gutscheine drauflegen. Einzelne Branchen würden zudem mit dem neuen System weniger Mittel der öffentlichen Hand erhalten.

Der Berner Vorschlag könnte Schule machen. Die Schweizer Konferenz der Berufsbildungsämter hat sich im September für die Abkehr vom bisherigen System der direkten Subventionierung ausgesprochen. Der Bund hat letzte Woche eine weitere Massnahme zur Unterstützung der höheren Berufsbildung angekündigt. Der Beitrag an die eidgenössischen Berufs- und Fachprüfungen soll von 25 auf 40 Millionen aufgestockt werden. Damit sollen die Prüfungsgebühren gesenkt und die Branchenorganisationen entlastet werden.  
*Katharina Bracher*